

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuß

40. Sitzung

am Mittwoch, dem 14. Juli 1999, 9:30 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ulrike Rodust (SPD)

Vorsitzende

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Birgit Küstner (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Torsten Geerds (CDU)

Thorsten Geißler (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht über die Organisationseinheit „EU-Förderung/Euro Info-Centre“ der I-Bank	4
2. a) Einführung in den Bericht der Landesregierung über die Ostseeaktivitäten 1998/1999	5
b) Bericht über die Vorab-Strategien der Landesregierung für einen Beitritt des Baltikums in die EU	
3. Bericht der Landesregierung über die „Zukunftsinitiative 2000“	8
4. Verschiedenes	10

Die Vorsitzende, Abg. Ulrike Rodust, eröffnet die Sitzung um 9:35 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht über die Organisationseinheit „EU-Förderung/Euro Info-Centre“
der I-Bank**

Eingangs informiert Dr. Klaus Rave über die organisatorischen Maßnahmen der I-Bank als Dienstleister für das Land Schleswig-Holstein im Rahmen der EU-Förderung, bezogen zum einen auf die Kommunen und zum anderen auf die kleinen und mittleren Unternehmen (siehe Anlagen 1 und 2). Er spricht von einer neuartigen großen Herausforderung bei den Beratungs-, Betreuungs- und Finanzierungsaufgaben im Rahmen von EU-Programmen zur Förderung der Zusammenarbeit im Ostseeraum.

Frau Dr. Heike Kruse beschreibt ihren Aufgabenbereich als Know-how-Transfer von der Bundesebene auf die Landesebene, um im Rahmen des Projektmanagements der I-Bank zur Entwicklung von Förderprodukten beizutragen, die möglichst haushaltsunabhängig bei der I-Bank durchgeführt werden können. Beispielhaft nennt sie den IT-Investitionsfonds für Kommunen, der ab dem 1. August bei der I-Bank abgewickelt werden solle. Sie spricht dabei von einem interessanten Finanzierungsinstrument, das sich möglicherweise von den übrigen EU-Fördermöglichkeiten dadurch etwas abgrenze, daß man hier eine Möglichkeit zur Breitenförderung sehe.

Der Ausschuß nimmt den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Einführung in den Bericht der Landesregierung über die Ostseeaktivitäten 1998/1999

b) Bericht über die Vorab-Strategien der Landesregierung für einen Beitritt des Baltikums in die EU

M Gerd Walter bezeichnet den Ostseebericht 1998/1999 als hilfreiche Quelle und Dokumentation für diejenigen, die sich der Entwicklung der Ostseepolitik verschrieben hätten. Er verweist auf die Akzentverschiebungen durch die drei großen politischen Entwicklungslinien Osterweiterung, nördliche Dimension und gemeinsame Strategie für Rußland.

Als besonders erfreulich hebt er unter den Partnerschaften diejenige zur neuen Woiwodschaft Pommern hervor. Hier sei die ehemalige Partnerschaft zur Woiwodschaft Danzig als Ergebnis der Gebietsreform in Pommern auf eine neue Grundlage gestellt worden. In dieser neuen Woiwodschaft Pommern sei deutlich zu spüren, daß die Regionalreform in Polen sich nachhaltig auf das Selbstbewußtsein in den polnischen Gebietskörperschaften auswirke. Er selbst sei noch nie so unabhängigen und selbstbewußten Verhandlungspartnern begegnet, als man sie jetzt in der neuen Woiwodschaft habe. Als ebenso erfreulich bezeichnet M Gerd Walter die Zusammenarbeit mit der Øresundregion. Dagegen beschreibt er die Beziehungen zur Oblast Kaliningrad mit den Worten, daß hier noch Schwierigkeiten zu überwinden seien. Es handele sich hier - spätestens dann, wenn der erste Schritt der Osterweiterung realisiert sein werde - um eine Art „russische Enklave“, die von EU-Partnern umgeben sei. Deshalb sei es wichtig, sich in Kaliningrad im Sinne einer internationalen Anstrengung zu engagieren, damit für die Kooperation keine unzumutbaren Risiken erwüchsen.

Zum Thema Vorab-Strategien führt M Walter aus, daß man sich bemühe, die sehr guten Finanzierungsmöglichkeiten mitzunutzen, die die einzelnen Programme böten. Auch dies sei im Ostseebericht ausgewiesen. Die Finanzierungsabwicklung dieser Programme in Brüssel sei allerdings mit einem erheblichen zeitlichen Aufwand verbunden, so daß sich die praktische Durchführung mancher Projekte wie beispielsweise ein im Justizbereich erarbeitetes Projekt zur Stärkung des Justizsystems in Estland, häufig verzögerte.

In der sich anschließenden Diskussion geht M Walter auf Überlegungen des Abg. Thorsten Geißler ein, daß insbesondere in Lettland und Litauen noch gravierende Defizite sowohl in der

wirtschaftlichen Entwicklung als auch im Verwaltungsapparat herrschten. Nach seiner, M Walters, Auffassung gebe es erhebliche Anstrengungen insbesondere in Litauen, sich auf einen EU-Beitritt vorzubereiten, wofür Litauen ebenso wie Lettland allerdings auch einer intensiven Unterstützung bedürften. Insofern würde er es heute nicht mehr unterschreiben, daß Estland jetzt noch uneingeschränkt die Nummer eins unter den drei baltischen Staaten sei. Diese Überlegungen versuche er bundesweit zu transportieren, um Litauen etwas aus dem Ruf des Stiefkinds zu befreien.

Dessen ungeachtet, so fährt M Walter fort, seien in allen drei baltischen Staaten neben ersten Ansätzen einer neuen politischen, parteipolitischen und parlamentarischen Kultur noch erhebliche Probleme auf dem Feld der Entwicklung einer sogenannten Zivilgesellschaft zu finden. Das heißt, es gebe beachtliche Schwächen in den demokratischen gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen wie auch in den staatlichen demokratischen Organisationen, egal ob in der Katasterverwaltung oder im Justizbereich. Und hier gelte es, helfend beizuspringen. Dabei habe man sich angesichts der Schwierigkeiten bei den Genehmigungsprozeduren zunächst auf die Hilfe für Estland konzentriert, auch wenn bei den anderen beiden baltischen Staaten schon erste Schritte vereinbart worden seien, wie sie dem Bericht zu entnehmen seien. Zu nennen seien beispielsweise der Aufbau eines Bankenwesens, die Bereithaltung von Ausbildungsstellen in Schleswig-Holstein, landwirtschaftliche Kooperationen und ähnliches.

Abg. Claus Ehlers schildert die gravierenden Probleme, die er bei Hilfslieferungen in die Oblast Kaliningrad erfahren habe, und fordert von der Landesregierung auch Aktivitäten in Richtung Bundesrat für diese Region ein. M Walter bestätigt diese außerordentlichen Schwierigkeiten am Beispiel der russischen Berichterstattung über den Kosovokrieg und spricht von einem Angebot an den Bund, die regionalen Netzwerke zu nutzen. Er glaube, daß die Bemühungen, die insbesondere Litauen der Oblast Kaliningrad angeheißen lasse, eine angemessene Unterstützung erfahren müßten.

Auch Abg. Dr. Gabriele Kötschau bestätigt die sehr negative Berichterstattung über die Beteiligung deutscher Soldaten im Kosovokrieg und die propagandistische Ausschlichtung durch Rußland.

Abg. Thorsten Geißler regt zu der vorgesehenen Reise nach Lettland und Litauen ein Informationsgespräch über Möglichkeiten des Inputs in beide Staaten sowie zu den Perspektiven einer Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein an. Die Vorsitzende schlägt vor, dieses Informationsgespräch in der Sitzung am 6. Oktober durchzuführen.

M Walter sagt ein solches Informationsgespräch zu, gibt aber zu bedenken, daß das für Schleswig-Holstein Wünschenswerte am Machbaren gemessen werden müsse.

In der weiteren Diskussion werden Fragen des Abg. Detlef Matthiessen zum Verhältnis der Balten zu ihren russischen Minderheiten sowie Fragen des Abg. Peter Lehnert zum Engagement Schleswig-Holsteins beim people-to-people-approach und zur Baltic 21 ventiliert. Abg. Dr. Gabriele Kötschau gibt zu überlegen, daß sich gerade beim people-to-people-approach auch die Parteien im Rahmen von Kontakten zu ihren Schwesterparteien in den Ostseestaaten engagieren könnten. Abg. Claus Ehlers bedauert die verschärfte Haltung der Oblast Kaliningrad beispielsweise bei der Lieferung von Hilfsgütern.

Die Vorsitzende schließt die Diskussion mit einem Hinweis auf die in der September-Tagung stattfindende Debatte zum Ostseebericht der Landesregierung.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die „Zukunftsinitiative 2000“

M Walter bezeichnet die Zukunftsinitiative als ein vom Kabinett beschlossenes Konzept, mit dem geplant sei, die dem Lande bis zum Jahre 2006 zufließenden Mittel aus den EU-Strukturfonds in die Entwicklung und Modernisierung des Landes zu investieren. Er erläutert zum einen die Bestandteile der Strukturreformverordnung und zum anderen die Zielsetzung der Zukunftsinitiative und die dafür notwendigen Informations- und Umsetzungsschritte. Dabei betont er, daß bis zum Ende des Jahres das operationelle Programm in Brüssel eingereicht sein müsse und daß bis dahin die Ideen der potentiellen Projektträger in dieses operationelle Programm einfließen müßten. Dabei gelte es, die verschiedenen Einzelprogramme zu bündeln, um dem Anspruch der Verordnung gerecht zu werden. Diese Bündelung werde auf der Basis eines offenen, landesweiten Ideenwettbewerbs erfolgen.

Folgende drei Programmbereiche seien dabei im Blickpunkt: Erstens das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein 2000“ (Ziel 3); zweitens das „Regionalprogramm 2000“ (gebunden an die regionale Fördergebietskulisse) und drittens das Programm „Zukunft auf dem Lande“ - ZAL - (EAGFL).

Unter diesen drei Säulen seien folgende Schwerpunkte ins Auge gefaßt:

Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, unter anderem in neuen Arbeitsfeldern und durch neue Arbeitsorganisationen

berufliche Qualifizierung

Förderung zukunftsweisender Technologien

Förderung der Informationsgesellschaft

Stärkung der ländlichen Räume einschließlich Modernisierung der Agrarstruktur

Energieeinsparung, Nutzung erneuerbarer Energien und Klimaschutz

ökologische Modernisierung

Ostsee- und Nordseekooperation.

Die einzelnen Informationsveranstaltungen hätten bereits begonnen, so teilt M Walter mit, und er sehe hier eine gute Möglichkeit für die Parlamentarier, sich im regionalen Ideenwettbewerb einzubringen.

M Walter schließt seine Ausführungen mit der Bemerkung, von der EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies erfahren zu haben, daß die Bundesrepublik den Hinweis von der EU-Kommission erhalten habe, daß für die EU-Kommission ein innerer Zusammenhang existiere zwischen der Genehmigung der operationellen Programme einerseits und der abschließenden Meldung von FFH-Gebieten und Natura 2000-Gebieten durch die Bundesrepublik andererseits. Dies sei ein sehr sensibles Thema, weshalb er alle in diese Fragen Involvierten bitte, im Streit um die Ausweisung von FFH-Gebieten nicht den Eindruck zu erwecken, aufgrund von internen Willenbildungsschwierigkeiten möglicherweise nicht in der Lage zu sein, eine termingerechte Anmeldung zu bewerkstelligen. Man dürfe nicht die Gefahr heraufbeschwören, die EU-Gelder damit zu verlieren.

Abg. Peter Lehnert bittet bezüglich des Fortgangs des Verfahrens auf dem Laufenden gehalten zu werden und dem Ausschuß eine Aufgliederung der Mittel auf die einzelnen drei Säulen aufgeschlüsselt nach Bundes- und Landesmitteln sowie Jahrestanchen zur Verfügung zu stellen.

Abg. Detlef Matthiessen appelliert an die Mitglieder der Opposition, ihre Meinung zum Programm Natura 2000 dahin abzustimmen, daß keine Fördergelder verloren gehen, sondern vielmehr die Natura 2000-Politik zu einem Vorteil für die Förderung Schleswig-Holsteins werde.

Abg. Claus Ehlers hält entgegen, daß mit solchen Forderungen nicht die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes vernachlässigt werden dürfe. Diesen Aspekt vermisse er beispielsweise auch in der Landesplanung.

Die Vorsitzende regt an, diese Thematik möglicherweise noch einmal in späteren Sitzungen aufzugreifen und dabei einerseits das Umweltministerium und andererseits die Landesplanung als Gesprächspartner hinzuzubitten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

RD Jutta Schmidt-Holländer teilt den Stand der Vorbereitungen zur Reise von Ausschußmitgliedern nach Lettland und Litauen vom 23. bis 29. Oktober mit und bittet um möglichst schnelle schriftliche verbindliche Zusagen der angemeldeten Teilnehmer, um die entsprechend vorgesehenen Buchungen auch realisieren zu können.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung mit guten Wünschen für einen erholsamen Urlaub um 11:35 Uhr.

gez. Ulrike Rodust
Vorsitzende

gez. Dr. Ursula Haaß
Geschäfts- und Protokollführerin